

## Abstract of Doctoral Dissertation

Title: Die gerichtliche Kontrolle von Stadtplanungen: eine verwaltungs- und planungsrechtliche Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung der Normenkontrolle von Bebauungsplänen in Deutschland

ミナト ジロウ

MINATO Jiro

Diese Dissertation analysiert und bewertet die Entwicklung der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle von Bebauungsplänen in Deutschland. Zudem beschäftigt sie sich mit Problemen und Aufgaben im japanischen Stadtplanungsrecht.

Erster Teil der Arbeit behandelt das Normenkontrollverfahren gegen Bebauungspläne. Nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung entscheidet das Oberverwaltungsgericht auf Antrag über die Gültigkeit von Bebauungsplänen. Jede natürliche oder juristische Person, die geltend macht, durch die Rechtsvorschrift in ihren Rechten verletzt zu sein, kann den Normenkontrollantrag stellen. Bemerkenswert ist, dass das Bundesverwaltungsgericht die Antragsbefugnis wegen einer möglichen Verletzung des Rechts auf gerechte Abwägung anerkannt hat. Im Normenkontrollverfahren kann das Gericht auf Antrag eine einstweilige Anordnung erlassen. Es gibt nicht wenige Beschlüsse, die die vorläufige Außervollzugsetzung des Bebauungsplans angeordnet haben. Auch anerkannte Umweltvereinigungen können Rechtsbehelfe gegen Bebauungspläne einlegen. Die Normenkontrolle von Bebauungsplänen ist hoch entwickelt in Deutschland.

Zweiter Teil befasst sich mit den Planerhaltungsvorschriften. § 214 Absatz 1 bis 3 und § 215 Baugesetzbuch bestimmen (Un-)Beachtlichkeit der Verletzung von Vorschriften für die Rechtswirksamkeit des Bebauungsplans. Nach § 214 Absatz 4 Baugesetzbuch können Fehlern durch ein ergänzendes Verfahren behoben werden. Obwohl damit verwaltungsgerichtliche Kontrolle eingeschränkt ist, können wir auch in letzter Zeit die Entscheidungen finden, die auf Unwirksamkeit des Bebauungsplans erkannt haben. Außerdem hat der Europäische Gerichtshof die Unionsrechtswidrigkeit von § 214 Absatz 2a Nummer 1 Baugesetzbuch festgestellt. Es ist erforderlich, Konformität der anderen Planerhaltungsvorschriften mit EU-Recht zu prüfen.

Schließlich wird gerichtliche Kontrolle von Stadtplanungen in Japan überprüft. Es ist nach wie vor schwierig, eine Planungsentscheidung mit Klage anzufechten. Es gibt nur wenige Entscheidungen, die die Rechtswidrigkeit des Plans festgestellt haben. Wir brauchen legislative Maßnahmen, die die Rechtsbehelfe gegen Stadtplanungen verbessern.